

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

VOLKSABSTIMMUNG VOM 11. MÄRZ 2012

MEHR FERIEN = WENIGER JOBS

Ferieninitiative
NEIN

www.ferieninitiative-nein.ch

NEIN zu 6 Wochen Ferien. Lesen Sie weiter... Seite 4 und 5

Das Interview mit SVP-Bundesrat Ueli Maurer

Erstmals nach den Bundesratswahlen spricht Ueli Maurer mit SVP-Klartext: „Ganz zentral ist die Unabhängigkeit der Schweiz“. Seite 6 und 7



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch





Bewegende Zeiten

Gewisse Phänomene verschwinden nie. So ist nicht neu, was schon in der Antike galt: Die Überbringer schlechter Nachrichten wurden geköpft. Zum Trost: Damals wie heute gab und gibt es besonnene Menschen, die diese Unsitte ablehnen. („Töte nicht den Boten“, Sophokles ca. 420 v. Chr.)

Nun, es gibt leider auch in unserem Lande nicht nur besonnene Köpfe. Die Überbringer schlechter Nachrichten werden auch heute noch geköpft. Nicht am Schafott aber dafür in mancher Schweizer Redaktionsstube oder in Kreisen der sogenannten politischen Elite.

Gerne geköpft wird die SVP. Man versucht es mit bemerkenswerter Ausdauer. Wer in der Schweiz sagt, was ist und kein Blatt vor den Mund nimmt, der wird nicht geliebt. Weil die SVP auf Fehlentwicklungen hinweist, weil wir Missstände aufdecken, weil wir nicht der Harmoniesucht verfallen sind und uns getrauen, eigene Lösungen und andere Konzepte zu präsentieren, werden wir bekämpft.

Trotz allen Widerständen - warum tun wir's trotzdem?

Die SVP will auch in Zukunft eine wohlhabende und eine selbständige Schweiz. In unserem Handeln orientieren wir uns einzig an diesem Ziel.

Darum müssen wir tun, was richtig ist. Auch wenn ständig versucht wird, uns zu „köpfen“. Es gilt hin zustehen. Unbequem zu sein. Das hat die Schweiz weitergebracht als das schönreden, zudecken, drucksen und „klüngeln“.

- Wer hat als Erstes auf eklatante Missstände im Asylwesen hingewiesen? Wer hat schon 1992 – also vor 20 Jahren - die „Volksinitiative gegen die illegale Einwanderung“ lanciert, weil sie gesehen hat, dass unter dem Deckmantel von einem humanitär geschaffenen Recht, sich Drogenhandel, Wirtschaftsmigranten und Überwinterer breit machten?
- Wer hat bereits anfangs der 90-er Jahre eigene Finanzkonzepte erarbeitet, um auf die Bedeutung gesunder Bundesfinanzen und auf die sich anbahnende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Sozialwerke hinzuweisen?
- Wer hat das Schweizer Volk gegen den Widerstand der gesamten Elite aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf den drohenden Souveränitätsverlust infolge einer Anbindung an die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) hingewiesen?
- Wer hat bereits anfangs 2000 auf die Missstände bei der IV hingewiesen? Wer hat das böse Wort der Scheininvaliden unter allgemeiner Entrüstung von Elite und Medien in den Mund genommen?

- Wer präsentiert in der allgemeinen Ratlosigkeit betreffend der unbremsten Zuwanderung eine eigene Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung?
- Wer hat aufgedeckt, dass der Präsident der schweizerischen Notenbank mit Devisen spekuliert und Aktienkäufe getätigt hat?

Ja – sie ahnen richtig. Es war jedes Mal die SVP – oder Exponenten der SVP. Vielfach war es Christoph Blocher oder Walter Frey. Es war Ueli Maurer oder Hans Uhlmann. Es waren Exponenten der SVP. Und es sind auch heute noch Exponenten der SVP, die die unbequemen Botschaften überbringen und nicht wegsehen.

Ganz einfach, weil es um das Wohl der Schweiz geht. Weil es um den Wohlstand der Schweiz geht. Weil es um die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Schweiz geht.

Generell werden wir die Freiheit und Eigenverantwortung ins Zentrum unserer Politik stellen, den Fokus auf die Sündenfälle von Parlament und Bundesrat richten und aufzeigen, wo gegen den Willen der SVP die Eigenverantwortung immer mehr beschnitten wird.

Man kann über uns schreiben und berichten was man will, wir müssen jetzt ganz einfach unseren Weg gehen. Uns thematisch breit abstützen und aufrüsten. Uns auf die politischen Sachthemen konzentrieren. So erstellen wir beispielsweise eine Gesamtschau und ein eigenes Konzept zur Sozialpolitik, wir stürzen uns wieder vermehrt in die Bildungspolitik, wir erarbeiten eigene Asylantenlösungen und wir beschäftigen uns mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen in der Schweiz und orientieren uns dazu an dem von der SVP initiierten Revitalisierungsprogramm für eine florierende Schweizer Wirtschaft.

Besinnen wir uns in der SVP auf die guten alten Schweizer Werte. Sie sind zeitlos und ihnen müssen wir Sorge tragen. Denn was zeichnete die alten Eidgenossen aus?

Sie sind zusammengestanden. Sie sind einander beigestanden. Gegen die Arglist der Zeit. Gegen fremde Richter. Für Freiheit und Eigenverantwortung. Für die Schweiz.

Und was muss die SVP im Jahre 2012 tun? Zusammenstehen. Einander beistehen. Gegen die Arglist der Zeit. Gegen fremde Richter. Für Freiheit und Eigenverantwortung. Für die Schweiz.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Toni Brunner'. The signature is fluid and cursive.

Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Adrian Amstutz neuer Fraktionspräsident

Am 21. Januar 2012 wurde Nationalrat Adrian Amstutz von der Bundeshausfraktion zu ihrem Präsidenten gewählt. Der 58-jährige Berner Oberländer Unternehmer löst somit den Baselbieter Rechtsanwalt Caspar Baader an der Fraktionsspitze ab. Wir wünschen Adrian Amstutz viel Erfolg, Geduld und Ausdauer für diese für unser Land wichtige Aufgabe.

Adrian Amstutz

Geboren: 2. Dezember 1953 in Schwanden ob Sigriswil

Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

Beruf

Unternehmer und Mitinhaber der Amstutz Abplanalp Birri AG

Zentralpräsident ASTAG

Ausbildung: Maurer, Hochbauzeichner, Hochbaupolier

Politik

Nationalrat ab Dezember 2011

Ständerat 2011

Nationalrat 2003-2011

Grossrat des Kantons Bern 1998-2003

Gemeinderatspräsident von Sigriswil 1993-1998

Präsident Verband Bernischer Gemeinden VBG 2001-2005

Vizepräsident SVP Schweiz seit 2008

Sport

Exekutivrat Swiss Olympic seit 2004

Fallschirm-Nationaltrainer AeCS 1986-1992

Weltcupsieger 1978 / 6 x Schweizermeister im Fallschirmsport

Militär

Fallschirmgrenadier 1974-1992



Der vielseitige Fraktionspräsident in Bildern. Der Familienvater, hier mit seiner Frau Esther und einem seiner Grosskinder (links). Der Politiker, der sich für mehr Sicherheit und den Strassenverkehr einsetzt (rechts). Schliesslich, der dynamische Geschäftsinhaber auf der Baustelle (unten). Auf sportlicher Ebene wurde Adrian Amstutz Weltmeister im Fallschirmspringen und sechsmal Schweizer Meister. Er sitzt heute im Exekutivrat von Swiss Olympic.



An der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 28. Januar 2012 in Berg (TG) hatte Adrian Amstutz seinen ersten öffentlichen Auftritt als Präsident der Bundeshausfraktion. In seinem Referat führte er aus, wie er seine neue Herausforderung sieht:

„Wir stehen gemeinsam vor einer anspruchsvollen Bergtour, wo Ausdauer, Beharrlichkeit und Durchhaltewille gefordert sind und wo als Belohnung letztlich eine bessere Aussicht für die Zukunft unseres Landes genügen muss.“

4 Ferieninitiative

Nein zur Volksinitiative „6

Die Ferien-Initiative wird von einer breiten Allianz entschieden abgelehnt: Der Bundesrat hat das Begehren ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Auch im Parlament war die Initiative chancenlos und wurde deutlich verworfen (im Nationalrat mit 122:61 Stimmen, im Ständerat mit 32:10 Stimmen). Der Linken stand dabei ein geschlossenes und breites Bündnis von SVP, FDP, CVP, GLP und BDP gegenüber. Auch die Delegierten der SVP haben an ihrer Versammlung vom 28. Januar beschlossen, diese wirtschaftsschädigende Initiative abzulehnen.



von Nationalrätin Natalie Rickli,
Winterthur (ZH)

Sechs Wochen Ferien für alle tönt auf den ersten Blick natürlich verlockend. Wenn man sich aber der Konsequenzen bewusst wird, welche diese Forderung der Gewerkschaften auslösen würde, kommt man schnell zum Schluss, dass die Initiative abzulehnen ist.

Bald täglich berichten die Medien von neuen Sofortmassnahmen zur Stützung des Euro und zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit gewisser EU-Staaten. Rund um die Schweiz ist die wirtschaftliche Situation ernst, teilweise sogar dramatisch: Die öffentlichen Finanzen zahlreicher Staaten sind vollends aus den Fugen geraten, die politischen Zustände sind instabil, und die Arbeitslosigkeit ist horrend. Unschöne Rahmenbedingungen für Unternehmen und wenig attraktive Verhältnisse für Investitionen.

Im Vergleich zu fast allen Staaten im Euro-Raum sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Schweiz verhältnismässig gering. Dies liegt einerseits sicher an unserer volkswirtschaftlichen Struktur, welche von kleinen und mittleren Betrieben geprägt ist. Diese schaffen eine hohe Stabili-

tät und sichern Arbeitsplätze wie auch unsere Sozialwerke.

Andererseits aber liegt die Stärke der Schweiz auch in ihren Rahmenbedingungen: Eine moderate Steuerbelastung, eine hohe Rechtssicherheit, eine im Vergleich unbürokratische Verwaltung sowie das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern prägen unser Land. Nicht zuletzt dank diesen wichtigen Faktoren sind wir ein konkurrenzfähiger Wirtschafts- und Arbeitsplatz. Darum müssen wir Sorge tragen zu diesen Rahmenbedingungen. Der Blick auf die kaum vorhandenen Rohstoffe und die hohen Standortkosten zeigt: Der Wohlstand der Schweiz ist nicht selbstverständlich.

Sorge tragen zum Wirtschaftsstandort Schweiz

In der derzeitigen Krisensituation zeigt sich deutlich, welche Faktoren für die Arbeitnehmer am wichtigsten

“In der derzeitigen Krisensituation zeigt sich deutlich, welche Faktoren für die Arbeitnehmer am wichtigsten sind: die Sicherheit der Arbeitsplätze und ein stabiles soziales Netz.”

sind: die Sicherheit der Arbeitsplätze und ein stabiles soziales Netz. Ob jemand 4, 5 oder 6 Wochen Ferien hat ist mit Sicherheit weniger wichtig als die Frage, ob man überhaupt Arbeit hat oder nicht.

Und dabei müssen wir sehen: Nur florierende Unternehmen vermögen unsere Sozialwerke zu finanzieren und

Arbeitsplätze zu schaffen.

Unternehmen können dann gewinnbringend arbeiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und sie auf motivierte, kompetente Mitarbeiter zählen dürfen. Das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern ist eine Grundlage dafür. Die Sozialpartnerschaft ist eine wichtige und auch typische schweizerische Errungenschaft. Selbstverantwortung geht staatlicher Regulierung vor. Das gemeinsame Suchen nach einer sinnvollen Lösung ist wichtiger als einheitliche staatliche Vorschriften.

Attraktive Bedingungen bewahren

Auf diesen Grundsätzen ist auch die heutige Regelung des Ferienanspruchs entstanden. Seit über 25 Jahren haben die Schweizer Arbeitnehmer Anspruch auf 4 Wochen bezahlte Ferien. Diese Regelung hat sich bewährt. Selbstverständlich steht es jedem Betrieb frei, eine grosszügigere Ferienregelung anzubieten. Dies jedoch ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren, und nicht vom Gesetz zwingend vorzuschreiben.

Viele Angestellte haben mit und ohne Gesamtarbeitsvertrag und dank interner Firmenregelungen bereits heute mehr Ferien: Unter 50-Jährige haben im Schnitt 4,8 Wochen Ferien, über 50-Jährige 5,4 Wochen.

Bereits heute leiden die Unternehmen



Wochen Ferien für alle“

unter der wachsenden Bürokratie, immer höheren Steuern und Abgaben, aber auch unter den zunehmenden

Kosten für die Sozialwerke. Besonders betroffen sind die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Und die Schweiz ist ein KMU-Land:

99,7 Prozent unserer Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende.

Sie schaffen zwei Drittel der Arbeitsplätze, bilden 70 Prozent der Lernenden aus und sorgen für einen innovativen und international konkurrenzfähigen Standort Schweiz.

Die Ferieninitiative kostet die Betriebe jährlich 6 Milliarden Franken. Längere Abwesenheiten belasten vor allem

kleine Betriebe. Die meisten Unternehmer können für weniger Arbeitszeit nicht den gleichen Lohn bezahlen.

Es bleiben zwei Möglichkeiten: Löhne nach unten korrigieren oder längere Zeit auf Lohnerhöhungen verzichten. Da es sich viele Firmen auch nicht leisten können, zusätzliche bezahlte Stellvertretungen einzustellen, nähme die Belastung – Hektik und Stress vor und nach den Ferien – zu. Dies alles kann nicht im Sinne der Mitarbeiter und eigentlich auch nicht der Gewerkschaften sein.

Ferieninitiative schwächt den Standort Schweiz

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz würde mit der Ferieninitiative in Frage gestellt: Wenn die Schweiz als einziges europäisches Land einen gesetzlichen Ferienanspruch von 6 Wochen einführen würde, bedeutete dies für die Unternehmen einen substantiellen Wettbewerbsnachteil. Bereits heute sind die Arbeitskosten deutlich höher als im Ausland. Diese Tendenz weiter zu forcieren, ist sicher der falsche Weg.

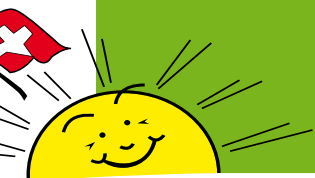
Die Ferieninitiative bedroht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes: Sie gefährdet darüber hinaus unsere Arbeitsplätze und schadet unserem Wohlstand. Wir sollten uns nicht am „Modell Griechenland“ orientieren, sondern den Werkplatz Schweiz stärken. Und wer den Standort Schweiz stärken will, muss die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ ablehnen.



Abstimmung vom 11. März 2012:

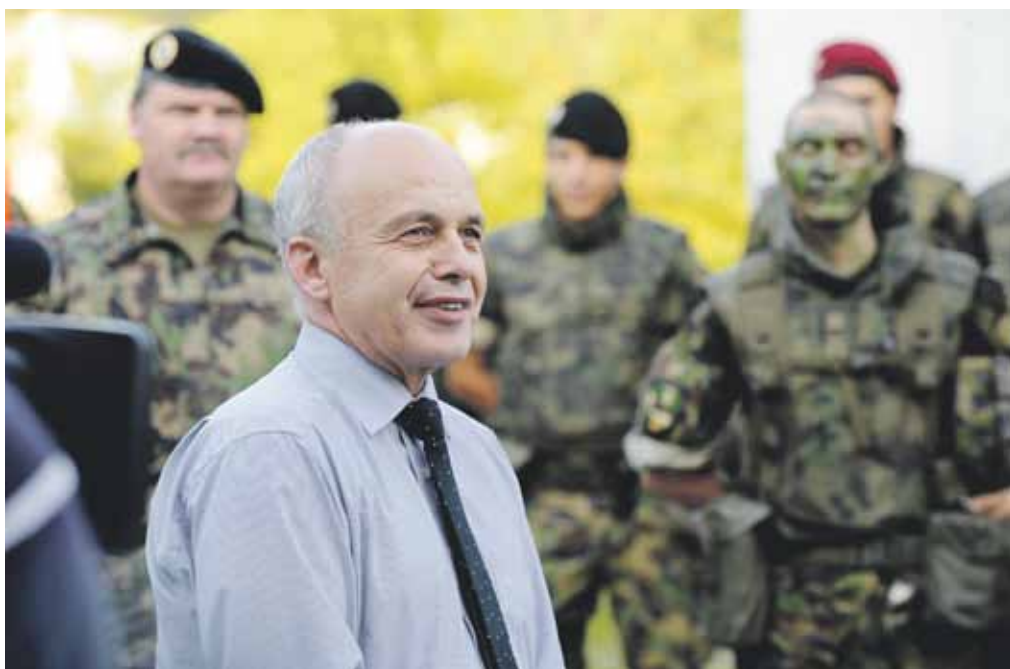
SVP: Nein zu Ferieninitiative

Mehr Informationen: www.ferieninitiative-nein.ch



„Die Unabhängigkeit der Schweiz ist zentral“

Verteidigungsminister Ueli Maurer ist zwar nach wie vor der einzige amtierende SVP-Bundesrat, er findet aber, das sei besser, als gar nicht in der Landesregierung vertreten zu sein. So kann er sich trotz Untervertretung „mit Händen und Füssen“ für die Anliegen der SVP stark machen. Im Interview spricht der Zürcher über das Verhältnis zu seinen Bundesratskollegen, die Zukunft der Milizarmee und seine Ziele für die nächsten vier Jahre im Regierungsamt.



Der Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zu Besuch bei einer Truppe der Infanterie.

Ueli Maurer, wie erklären Sie einem Kind Ihre Funktion als Bundesrat?

Ein Bundesrat ist für das Land im Prinzip das, was der Vater in einer Familie ist. Die Mutter wäre das Parlament. Am Familientisch wird entschieden, was zu tun ist – und der Vater führt es dann aus.

Die SVP hat bei den Wahlen Mitte Dezember keinen zweiten Bundesratssitz erhalten. Hat sich bei Ihnen der Ärger über den Bruch der Konkordanz mittlerweile gelegt?

Das war eigentlich kein persönlicher Ärger. Aber die Nonchalance, mit welcher man den Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz abgetan hat, die habe ich als Diskriminierung von 30% der Bevölkerung empfunden.

„Eine selbstbewusste Bescheidenheit, das gehört zu der Schweiz. Wir müssen nicht geliebt, aber respektiert werden.“

Unsere Wählerinnen und Wähler können sich nicht wehren, und das Parlament „putzt“ diese einfach so weg – das vertragen sie schlecht.

Die Partei und ich selber können aber mit Niederlagen gut leben. Politik ist ein langfristiges Geschäft. Es ist nicht so wichtig, ob wir nächsten Monat Erfolg haben oder erst in einem Jahr oder in drei Jahren. Aber wir werden wieder Erfolg haben

Was können Sie denn überhaupt tun in einer Mittellinks-Regierung?

Ich kann die Mehrheiten in aller Regel nicht kehren, aber trotzdem kann ich bei den wichtigen Anliegen unserer Partei Argumente einbringen, die dann diskutiert werden. Im einen oder anderen Fall führt das dazu, dass man die Stossrichtung zumindest ein bisschen korrigieren kann.

Man darf diese Rolle nicht überschätzen, aber eben auch nicht unterschätzen: Es ist sicher besser, sich immer wieder einbringen zu können, als wenn man gar nichts zu sagen hat.

Also wollen Sie im Bundesrat bleiben, so wie es die Delegiertenversammlung entschieden hat?

Ja, wenn auch ohne grosse Euphorie. Es ist ein pragmatischer Entscheid, unter dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“. Der Weg zum Erfolg war schon immer mit Niederlagen gepflastert.

Sie sind bekannt dafür, dass Sie in der Öffentlichkeit immer Klartext sprechen und sich zu 100 Prozent für das Wohl der Schweiz einsetzen.



Ueli Maurer bringt im Bundesrat auch Themen wie Kriminalität, Zuwanderung und die Asylproblematik auf den Tisch, die anderen oft zu unbequem sind.

zen. Verhalten Sie sich während den Bundesratssitzungen gleich?

Selbstverständlich. Bei den vielen Geschäften, die wir in den Sitzungen behandeln, kann ich das aber nicht jedes Mal machen – sonst überstrapaziert man das System.

Ich konzentriere mich auf ein paar wenige Themen, die für die SVP zentral sind. Da wehre ich mich jeweils mit Händen und Füßen.

Was wären das für Geschäfte?

Für mich stehen ganz klar die Unabhängigkeit der Schweiz und die Neutralität im Zentrum. Dazu kommen all die Tabus, die man gerne unter den Tisch wischt: Kriminalität, Zuwanderung, Asylproblematik. Das sind alles Probleme, bei denen sich auch im Bundesrat die Tendenz zeigt, dass man die Angelegenheit einfach mal laufen lässt, anstatt die Sache in die Hand zu nehmen.

Sind Sie der Einzige im Bundesrat, der darauf pocht, auch die schwierigen Themen anzugehen?

Bei einzelnen Geschäften habe ich das Gefühl es gibt unterdessen auch Kollegen, die sich mit unseren Argumenten auseinander setzen und das eine oder andere aufnehmen.

Auf der persönlichen Ebene haben wir Bundesräte übrigens ein gutes

Verhältnis miteinander. Das ist Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit – wenn man politisch anderer Meinung ist, sollte es im persönlichen Bereich nicht auch noch Barrieren geben.

Die Armee wird durch Linksrupierungen wie der GSoA massiv attackiert. Nach der Entwaffnungsinitiative letztes Jahr

kommt jetzt eine Initiative gegen die Wehrpflicht und die Gripen-Kampjets stehen auch in der Kritik.

Haben Sie als Verteidigungsminister nicht Angst, dass die Milizarmee vor dem Ende ist?

Ich glaube eher, dass die ganze Diskussion die Armee mittelfristig stärken wird.

Wie das?

Die Armee hat darunter gelitten, dass man gar nicht mehr von ihr gesprochen hat. Sobald man sie angreift und in Frage stellt, kommen alle, die von der Armee überzeugt sind und wehren sich. Der Wert der Sicherheit wird der Bevölkerung wieder mehr bewusst, davon bin ich überzeugt – denn Sicherheit bedeutet Wohlstand.

Was können Sie als Bundesrat zum Wohl der Schweiz beitragen? Was sind Ihre Ziele für die nächsten vier Jahre im Bundesrat?

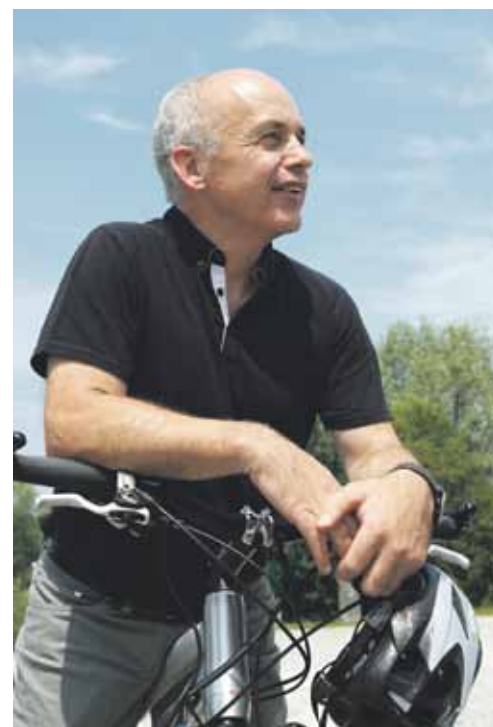
Ganz zentral ist die Unabhängigkeit, wirtschaftlich und finanziell. Die EU ist in einem Zustand, in dem man nicht weiss, wie es in Zukunft weitergehen soll. Das würde dafür sprechen, dass man sich momentan diesem Gebilde nicht mehr nähert. Wir dürfen aber auch nicht länger passiv abwarten wie das Kaninchen vor der Schlange, im Gegenteil: Wir müssen uns bewusst werden, welche Stärken

wir als kleine Schweiz haben und dann selbstbewusst auftreten.

Voraussichtlich werden Sie nächstes Jahr zum Bundespräsidenten gewählt. Dann werden Sie auch eine wichtige Rolle auf dem internationalen Parkett spielen. Welche Schweiz wollen Sie im Ausland vertreten?

Ich bin der Meinung dass ein Bundesrat primär in die Schweiz gehört und nicht ins Ausland, aber es wird zweifellos den einen oder anderen Auftritt geben.

Wir müssen die Schweiz unabhängig erhalten, als selbstbewusst, weltoffen und freundlich – aber wir müssen auch mit einer gewisser Bescheidenheit auftreten. Wir sind ein kleines Land, und wir gehören nicht unter jeden Scheinwerfer und auf jedes politische Parkett. Das grossspurige Dabeisein gefällt mir nicht. Eine selbstbewusste Bescheidenheit, das gehört zu der Schweiz. Wir müssen nicht geliebt, aber respektiert werden.



Sportminister Ueli Maurer ist in seiner Freizeit oft auf dem Velo unterwegs. Im Winter trifft man ihn auch auf der Langlaufpiste an.

8 Volksabstimmung

JA zu Geldspielen zugunsten gemeinnütziger Zwecke

Stimmen Sie am 11. März 2012 JA zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls») – denn Gewinne aus Lotterien sollen direkt der Schweizer Bevölkerung zugute kommen. Mit Ihrem JA wird aber nicht nur die Gemeinnützigkeit der Gewinnverwendung in der Bundesverfassung verankert, sondern auch die Spielsuchtprävention.



von Nationalrat Jürg Stahl,
Brütten (ZH)

Am 11. März 2012 stimmen wir über den Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke ab. Dabei handelt es sich um den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls», die im Oktober 2011 von den Initianten zurückgezogen worden war.

Das Wichtigste in Kürze

Die Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» war im Herbst 2009 mit rund 170'000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Ein Grossteil dieser Unterschriften stammte aus dem Umfeld des Sports. Die Initiative verlangte in der Hauptsache, dass alle Gewinne aus Geldspielen vollumfänglich gemeinnützigen Zwecken dienen und die bisherigen Kompetenzen der Kantone im Bereich der Lotterien und Sportwetten in

der Bundesverfassung festgeschrieben werden sollten.

Breite Zustimmung im Parlament

Der Bundesrat hiess die Stossrichtung der Volksinitiative gut, befand aber einzelne Punkte als mangelhaft. Deshalb stellte er der Volksinitiative einen direkten Gegenentwurf gegenüber, der von allen involvierten Kreisen im Geldspielbereich gemeinsam ausgearbeitet worden war.

Die eidgenössischen Räte lehnten in der Herbstsession 2011 auf Vorschlag des Bundesrats die Volksinitiative ab, genehmigten aber mit überwältigendem Mehr den direkten Gegenentwurf: Der Ständerat mit 42 zu 0 Stimmen und der Nationalrat mit 193 zu 3 Stimmen. Dieser breite Konsens zeigt sich auch im Hinblick auf die Abstimmung. Die SVP und alle anderen grossen Parteien befürworteten die Vorlage klar.

Weshalb Sie JA stimmen sollten

Die Vorlage hält in der Verfassung fest, dass die Gewinne der Lotteriegesellschaften - wie bisher - direkt der Schweizer Bevölkerung zugute kommen sollen. Jahr für Jahr können mit diesen Geldern rund 16'000 gemeinnützige Projekte in den Bereichen Kul-

tur, Soziales, Umwelt und Breitensport sowie der nationale Spitzensport mit Beiträgen von insgesamt mehr als 540 Millionen Franken unterstützt werden.

Die Vorlage garantiert im Weiteren, dass die Abgaben der Casinos – wie bisher – in die AHV fließen.

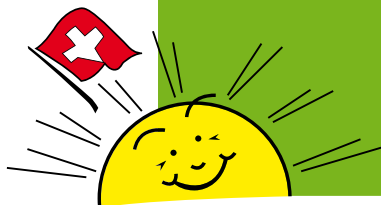
Damit alle genannten Kreise auch in Zukunft von diesen Geldern profitieren können, soll die Gemeinnützigkeit der Gewinnverwendung in der Bundesverfassung verankert werden.

Prävention soll verankert werden

Die aktuelle Geldspiel-Vorlage ist zudem auch eine klare Absage an alle, die ein absolutes Verbot für Geldspiele fordern, sei dies in Casinos oder über die Lotterien. Ein Verbot treibt die Spielenden zu illegalen und kriminellen Anbietern im Internet, aber auch in Bars, Pubs etc. Die Lotteriegesellschaften der Kantone sind Garanten für ein sozialverträgliches und kontrolliertes Geldspielangebot im Dienste des Gemeinwohls. Sie sind sich dabei der Suchtproblematik durchaus bewusst und setzen verschiedenste Präventionsmassnahmen bereits heute um. Mit der Annahme des Gegenentwurfs wird die Spielsuchtprävention nun auch in der Bundesverfassung verankert, was von der ganzen Geldspielbranche sehr begrüsst wird.

Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP: JA zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke
www.ja-zur-gemeinnuetzigkeit.ch





“Die Wettbewerbskommission und das Bundesgericht haben das Bücherkartell als unzulässige und wettbewerbsschädigende Absprache verboten.”

Sebastian Frehner, SVP-Nationalrat, Basel (BS)

„Soll die Hochpreisinsel Schweiz ernsthaft angegangen werden, ist konsequenterweise ein NEIN zur Buchpreisbindung der einzig logische Schritt.“

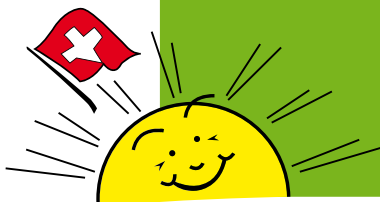
**Franziska Troesch-Schnyder,
Präsidentin Konsumentenforum kf**



“Staatliche Preisdiktate führen unweigerlich zu höheren Buchpreisen. Profitieren werden davon einzig ausländische Grosskonzerne. Schweizer Leser, Verlage und Verkäufer verlieren allesamt.”

Lukas Reimann, SVP-Nationalrat, Wil (SG)

Abstimmung vom 11. März 2012:



**SVP: NEIN zu staatlich
diktierten Buchpreisen!**

www.buchpreisbindung-nein.ch





TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH

Der neue Toyota Yaris.

Ab Fr. 16'100.– oder ab Fr. 156.– pro Monat*



Der Yaris in seiner 3. Generation bietet alles, was das Herz begehrt:

- Dynamisches Design, konsequent clevere Raumnutzung
- Spürbar hochwertige Interieur-Qualität
- Agiles Fahrverhalten, besonders effiziente Motoren
- Modernste Navigation wie Google™ local search

Profitieren Sie jetzt bei Ihrem Toyota Partner von sensationellen Angeboten!

3'000.–
CASH BONUS
UND 3,9% TOP-LEASING



toyota.ch

* Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug des Cash Bonus («Nichts ist unmöglich»-Prämie), inkl. MwSt. **Yaris Terra** 1,0 VVT-i, 51 kW (69 PS), 3-Türer, Katalogpreis abzgl. Cash Bonus Fr. 16'100.–, Leasingzins Fr. 156.25. **Leasingkonditionen:** Effektiver Jahreszins 3,97%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.–), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. MultiLease, Tel. 044 495 24 95, www.multilease.ch. Diese Angebote sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung bis 21.04.2012 oder bis auf Widerruf; nur bei den an der Aktion teilnehmenden Toyota Partnern. **Yaris Luna** 1,4 D-4D DPF, 66 kW (90 PS), 5-Türer, Treibstoffverbrauch kombiniert 3,9 l/100 km, Ø CO₂-Emission 104 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 159 g/km. **Abgebildetes Fahrzeug: Yaris Style** 1,33 Dual VVT-i, 73 kW (99 PS), Katalogpreis abzgl. Cash Bonus Fr. 22'400.–, Leasingzins Fr. 217.35. Inserat zeigt aufpreispflichtige Optionen.

Mehr Wohneigentum – Entlastung des Mittelstandes

Die Bausparinitiative stellt eine Unterstützung des Mittelstandes dar, sie fördert den Erwerb von Wohneigentum und kann dadurch verhindern, dass die Altersvorsorge angetastet und zweckentfremdet werden muss. Linke und der Bundesrat sind gegen diese Initiative, die SVP und andere bürgerliche Parteien unterstützen diese.



von Regierungsrat Stefan Kölliker,
Wil (SG)

Bei der Bausparinitiative, über welche wir am 11. März abstimmen, handelt es sich um eine Volksinitiative der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB), die im Herbst 2008 zustande gekommen ist.

Konkret fordert die Initiative, dass die Kantone vorsehen können, Sparbemühungen ihrer Bürgerinnen und Bürger zum Zwecke des Erwerbs von Wohneigentum unter klar geregelten Bedingungen steuerlich zu entlasten. Bausparen wird gewissermassen belohnt, denn die jährlichen Sparbeiträge können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden und auf dem einbezahlten Sparkapital wird keine Vermögenssteuer erhoben. Es besteht eine gewisse Ähnlichkeit zur 3. Säule der Altersvorsorge, bei welcher ebenfalls bestimmte Steuererleichterungen fürs Sparen gewährt werden.

Die linken Parteien, Gewerkschaften und bedauerlicherweise auch der Bundesrat sind gegen diese Bemühungen zur Förderung des Wohneigentums,

und zwar mit der Begründung, ein solches Instrument sei weder effizient noch wirksam und würde nur besser Verdienenden nützen. Zudem sei mit dem Vorbezug von Alterskapital aus der 2. Säule (Pensionskasse) bereits die Möglichkeit des Wohneigentumserwerbs gegeben. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie in erster Linie nicht auf Steuereinkünfte verzichten wollen.

Dabei sind die Rahmenbedingungen für das Bausparen in der Initiative klar festgelegt: maximal 15'000 Franken pro Jahr während maximal 10 Jahren. Ausschliesslich zum Zweck des erstmaligen Erwerbs von selbstbewohntem Wohneigentum. Also nicht für Zweit-, Ferienwohnung oder Ertragsliegenschaften (die man weitervermietet). Damit werden die Mieter – vorwiegend der Mittelstand und Familien – unterstützt, denn für sehr gut Verdienende sind diese Abzugsmöglichkeiten kaum entscheidend, ob sie ein Haus vermögen oder nicht.

Beim Argument mit dem Pensionskassenvorbezug widerspricht sich der Bundesrat sogar selbst. In seinem

*Am 28. September 2011 hat sich der Nationalrat mit 93 zu 70 Stimmen für die Bausparinitiative ausgesprochen. **BDP, CVP, FDP und SVP unterstützen diese Vorlage.***

*Der Zentralvorstand der SVP hat sich zudem einstimmig für die Unterstützung der Bausparinitiative der SGFB entschieden. **Er empfiehlt damit uneingeschränkt ein JA für die Bausparinitiative an der Abstimmung vom 11. März 2012.***

neusten Bericht über die Zukunft der 2. Säule warnt er vor der Gefahr, dass die Vorbezügler bei Eintritt ins Rentenalter in finanzielle Schwierigkeiten geraten können, weil sie Ihr Altersguthaben für den Kauf von Wohneigentum reduziert haben. Er spielt mit dem Gedanken, diese Vorbezugsmöglichkeit in Zukunft einzuschränken, was erst recht für das Bausparen spricht!

Die Initiative überlässt es zudem den Kantonen, ob sie ein Bausparmodell einführen wollen oder nicht. Den verkraftbaren Steuerausfällen stehen dabei wichtige Investitionssteigerungen im Baubereich gegenüber. Das angesparte Kapital muss nämlich zwingend in die Bautätigkeit fliessen. Damit kann die Einführung des Bausparens auch als klares und positives Signal zur Wirtschaftsförderung betrachtet werden.

Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP: JA zur Bauspar-Initiative
www.bausparen.ch



12 SVP-Delegiertenversammlung

Die Delegierten kamen in Scharen nach Berg

Trotz winterlicher Bedingungen fanden am 29. Januar zahlreiche Delegierte und Gäste aus allen Ecken der Schweiz den Weg ins thurgauische Berg. Nicht verwunderlich, ging es doch bei der ersten Abstimmung um die Frage, ob die SVP mit Ueli Maurer im Bundesrat verbleiben soll oder nicht. Dass das Thema die Delegierten bewegte, sah man auch daran, dass über zwanzig Votanten ihr Anliegen kundtun wollten. Mit 442 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen beschloss die Delegiertenversammlung schliesslich, dass die SVP zum Wohl des Landes in der Regierung verbleiben soll.

Deutlich fiel der Beschluss zur „Volksinitiative 6 Wochen Ferien für alle“: Nur ein einziger Delegierter stimmte dafür, 447 dagegen. Das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung wurde von 342 Delegierten abgelehnt, 88 stimmten für ein Ja und 4 enthielten sich der Stimme.

Inserat



Ein freies Volk.

Wenn es um die Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie der Schweiz geht, sind wir bei der AUNS Hardliner.

- Deshalb haben wir die Neutralitätsinitiative gestartet: www.initiative.ch
- Deshalb führen wir 2012 den Abstimmungskampf für mehr Demokratie in der Aussenpolitik (Staatsvertragsinitiative).

In der AUNS haben nur Hardliner Platz. Willkommen!

AUNS
ASIN
ASNI

Mehr Infos: www.auns.ch
Tel. 031 356 27 27

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz



„Ein Buch ist keine Raviolibüchse“, gab Nationalrat Oskar Freysinger zu bedenken. Es nützte nichts - die Delegierten lehnten die Buchpreisbindung klar ab.



Stehende Ovation für den abgetretenen Fraktionspräsidenten Caspar Baader (2.v.r.): Bundesrat Ueli Maurer, Parteipräsident Toni Brunner und Vizepräsident Yvan Perrin (v.l.)

Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare	Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Pateizeitung	Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Erscheinungsweise:	11x/Jahr	Inserate:	Kevin Grangier - klartext@svp.ch
Verantwortlich:	Kevin Grangier	Bilder:	Kevin Grangier, Peter Schaub
Adresse:	SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch		

SVP-Delegiertenversammlung 13



Charmante Damen in traditioneller Tracht verteilten Geschenke an die Delegierten und ihre Gäste.



Vertreter des Gastgeberkantons: Walter Marty, Präsident SVP Thurgau; Monika Knill, Regierungsrätin; Jakob Stark, Regierungsrat (v.l.)

Gehört die SVP in die Regierung oder in die Opposition? Diese Frage gab zu Reden, über 20 Votanten meldeten sich zu Wort. v.l.: Kantonsratskandidat Rolf Rüegg (SG), Nationalrätin Yvette Estermann (LU), Grossrat Eros Mellini (TI)



Die Mehrzweckhalle in Berg war bis auf den letzten Platz besetzt. 474 Delegierte und über 160 Gäste verfolgten das Geschehen – teils auch aus der Vogelperspektive von der Tribüne aus.

Inserat

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen; Decken Fr. 30.-, Kissen Fr. 12.-, Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebenddruck! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK

Rafzerfeld

Bettfedernreinigung

Poterna®

Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG

8424 Embrach, Hardhofstrasse 15

044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com

Gute Gründe für Ihr

JA zum BAUSPAREN

am 11. März

zur Förderung des Wohneigentums für den Mittelstand ohne Belastung der Altersvorsorge-Einrichtungen.

Stimmen Sie am 11. März
entschieden JA zur «Bauspar-Initiative»*

- ermöglicht steuerbefreites Bausparen für den **erstmaligen Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum**.
- fördert **energetische Sanierungen an bestehenden Gebäuden** durch steuerbefreites Energiespar-Bausparen.
- bringt die Steuerbefreiung von Förderbeiträgen und damit die **volle Wirkung von Förderbeiträgen zugunsten des Förderziels**.
- fördert und verstetigt die Baunachfrage, **bringt Auftragsvolumen und sichert damit Arbeits- und Ausbildungsplätze**.
- bringt unter dem Strich keine Netto-Steuer ausfälle, denn **das durch die zusätzlichen Investitionen ausgelöste Steuersubstrat ist deutlich höher als die Steuer ausfälle in der Sparphase**.

* Volksinitiative für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen («Bauspar-Initiative») der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB).

www.bausparen.ch

SIDLER AG SURSEE
Badstrasse 1
6210 Sursee
041 / 921 32 52



15% SVP Abholrabatt
Bequemer Nähen www.nähmöbel.ch
mit einem Näh-Möbel (Inserat-Gutschein)



SIROX
Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch



politberater.ch

**Dienstleistungen für
Politiker und Parteien**

www.politberater.ch - Telefon 062 398 42 10

Durchbruch in der Haarforschung Sensationelle Erfolge - beste Referenzen PROVIDERMA® Haartopikum Men & Women

www.procare.ch

Wie wirkt PROVIDERMA Haartopikum bei erblich bedingtem Haarausfall?

Die **natürlichen Wirksubstanzen** sind in der Lage, in die Zellen des Haarfollikels und der Kopfhaut einzudringen und dort die Balance der weiblichen und männlichen Botenstoffe wieder herzustellen. Bereits nach 6 - 8 Wochen kann der Schrumpfungprozess der Haarfollikel - und damit der Haarausfall - gestoppt werden. Nach ca. 4 Monaten beginnt das Neuwachstum. **Die Haare werden fester und dichter, die natürliche Haarfarbe kehrt zurück.**

- Einfachste Anwendung: 1 x täglich einsprühen und leicht einmassieren.
- PROVIDERMA Haartopikum **enthält rein natürliche** Wirksubstanzen.
- **Sichtbare Erfolge**, bei täglicher Anwendung, ab ca. 6 Monaten.
- **stoppt den Haarausfall**
- **reaktiviert die Haarwurzel**
- **harmonisiert den Haarzyklus**

Kurpackung: 3 x 100 ml Men oder Women
reicht für mind. 4 Monate

Leserangebot: Fr. 490.-- (statt Fr. 565.--)

Alleinvertrieb + Info: Pro Care Innomed GmbH - 5462 Siglistorf Tel.: 056 243 15 74 - www.procare.ch



NEU

nach 6 Monaten

Nein zur Franz Weber-Initiative

Am 11. März stimmt das Volk über die Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“ ab. Diese will den Anteil von Zweitwohnungen pro Gemeinde auf 20% begrenzen. Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf erkannt und das Raumplanungsgesetz verschärft. Die strengeren Vorschriften sind bereits in Kraft und lösen das Problem – im Gegensatz zur Volksinitiative – nachhaltig und ohne Brechstange.



von Nationalrat Erich von Siebenthal, Gstaad (BE)

Das Anliegen der Volksinitiative ist, mit der Begrenzung des Zweitwohnungsbaus die Zersiedelung zu stoppen sowie die Gemeinden zu verpflichten, jährlich über die Einhaltung dieser Beschränkung zu informieren und eine Übersicht über die dauerhaft genutzten Wohnungen zu erstellen. Die Absicht der Initianten geht dabei in dieselbe Richtung wie das bereits in Kraft getretene Raumplanungsgesetz. Unsere schöne Landschaft soll vor einer weiteren Überbauung mit vielen leer stehenden Wohnungen geschützt werden. Gleichzeitig sollen Einheimische wieder bezahlbaren Wohnraum finden können. Als Berner Oberländer aus der stark vom Tourismus geprägten Gemeinde Saanen kenne ich diese Probleme.

Trotzdem empfehle ich die Initiative zur Ablehnung. Mit ihrer starren Obergrenze von 20% schafft sie mehr Probleme

als sie löst. Ein fixer Anteil würde in etlichen Gemeinden zu einem Baustopp

führen und als Folge diejenigen Gemeinden unter Druck setzen, welche unter diesem Anteil liegen. Damit würde die Zersiedelung sogar noch zunehmen und gleichzeitig die Gemeinden ihrer Entwicklungsmöglichkeiten berauben.

Eine einheitliche Grenze für alle Gemeinden ist nicht zielführend, im Gegenteil: Es widerspricht dem bewährten schweizerischen Föderalismus, wonach jeder Kanton und jede Gemeinde selbst nach den besten Lösungen für ihre Probleme sucht. Um die Zersiedelung zu stoppen, braucht es auf die jeweilige Situation abgestimmte Instrumente und nicht eine Vorschrift, die die Gemeinden ohne Rücksicht auf regionale Eigenheiten in ihrer Entwicklung und Handlungsfreiheit einschränkt.

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf rechtzeitig erkannt und als Gegenvorschlag zur Initiative das Raumplanungsgesetz verschärft. Die strengeren Vorschriften sind seit dem 1. Juli 2011 in Kraft. Das revidierte Gesetz verpflichtet Kantone und

Gemeinden dazu, die Hotellerie zu fördern, für preisgünstige Erstwohnungen für Einheimische zu sorgen, und die Zahl neuer Zweitwohnungen zu beschränken. Das sind die richtigen Mittel um die Auswüchse im Zweitwohnungsbau wirksam zu bekämpfen.

Im Unterschied zur Initiative beinhaltet das revidierte Raumplanungsgesetz aber nicht nur Massnahmen zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaus sondern zwingt die Kantone Massnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Zweitwohnungen besser auszulasten. Einige Gemeinden haben schon heute eine Kontingentierung für Zweitwohnungen festgelegt. Andere schaffen Bauzonen für Einheimische oder Hotelzonen. Auch Zweitwohnungssteuern werden erhoben, um so die Auslastung der Wohnungen zu erhöhen.

Das Problem ist erkannt. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes hat man den Kantonen und Gemeinden klar den Auftrag erteilt, Massnahmen zu ergreifen. Es wäre falsch, diese bereits aufgegriffenen Lösungen nun zu torpedieren.

Bundesrat, Parlament und die SVP empfehlen, die Initiative abzulehnen:

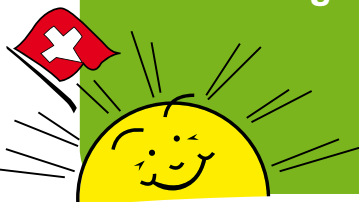
Nationalrat: 123 zu 61 Stimmen, 3 Enthaltungen

Ständerat: 29 zu 10 Stimmen, 3 Enthaltungen

Zentralvorstand der SVP: einstimmige Ablehnung

Abstimmung vom 11. März 2012:

SVP: NEIN zur Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“



Volksabstimmungen am 11. März 2012



Peter Spuhler
Unternehmer
und Nationalrat
Stadler Rail

**«Ich setze alles daran, die
Arbeitsplätze trotz Export-
einbussen zu erhalten.
Mehr Ferien liegen leider
nicht drin.»**



www.ferieninitiative-nein.ch

«Für den Mittelstand und die Wirtschaft»



Hans Gruner
Parteipräsident
BDP Schweiz

**«Bausparen
stärkt KMU und
Gewerbe»**



Christophe Darbellay
Parteipräsident
CVP Schweiz

**«Dank Bausparen
wird unser Mittel-
stand gestärkt»**



Fulvio Pelli
Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz

**«Bausparen sichert
Arbeitsplätze in der
Schweiz»**



Toni Brunner
Parteipräsident
SVP Schweiz

**«Damit der Traum
von den eigenen
vier Wänden
Wirklichkeit wird»**

JA
zum Bausparen

www.bausparen.ch

Kantone JA zum Bausparen, Postfach 653, 4410 Grenchen

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die **Buchpreisbindung** (BuPG) annehmen?

NEIN

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die **Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke** annehmen? (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)

JA

Wollen Sie die Volksinitiative **«Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»** annehmen?

NEIN